

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Van der Bellen, Walser, Grünewald, Freundinnen und Freunde
betreffend Stärkung statt Kürzung der Bildung im Bundesfinanzrahmengesetz

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage an den Bundesminister für Finanzen
betreffend WählerInnentäuschung und Verfassungsbruch durch die Bundesregierung

Begründung

Bis 2014 wird bei Schulen und Universitäten gekürzt, besonders dramatisch im nächsten Jahr. Die Kürzungen betragen 2011 insgesamt 162 Millionen € (Schulen 112, Unis 50 Mio.). Das entsprechende Bundesfinanzrahmengesetz wurde am 19.5.2010 mit den Stimmen der Regierungsparteien beschlossen.

In Deutschland dagegen wurden als Maßnahme gegen die Krise und zur langfristigen Sicherung von Wohlstand und Sicherheit jüngst zusätzliche Investitionen in Bildung in der Höhe von 13 Milliarden € für die nächsten fünf Jahre beschlossen.

Die Grünen fordern je eine Bildungsmilliarde bis 2014, also 250 Mio. pro Jahr zusätzlich (kumulativ) für Kindergärten und Schulen als auch Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogische Hochschulen. Dazu soll das Finanzrahmengesetz aufgeschnürt werden.

Bildung ist die zentrale Entwicklungsressource unserer Gesellschaft. Deshalb braucht es Investitionen statt kurzfristiger Budgetsanierung auf Kosten der Kinder und Jugendlichen. Das Bildungssystem ist in der Krise, die Ursachen und auch viele vernünftige Lösungsansätze sind bekannt. Nach Umfragen fordern 65% der ÖsterreicherInnen eine grundlegende Reform des Bildungssystems.

1. Schulen

In Österreich ist Bildungsarmut erblich. Das derzeitige Bildungssystem bestraft Menschen für Defizite ihres Herkunftsmilieus mit der Folge, dass jedes Jahr rund 10% der SchülerInnen, das sind 8.000 junge Menschen, ihre Bildungskarriere mit dem Ende der Schulpflicht beenden. Sie sind ohne Chance in einem Wirtschaftssystem, dessen Anforderungen an Beschäftigte ständig wachsen.

2007/08 sind 42.367 SchülerInnen "sitzen geblieben". Das sind fast 4% eines Jahrgangs. Dieser Anteil ist seit Jahrzehnten konstant. Viele von ihnen sind gezwungen, in eine andere Schulform „abzusteigen“ (also z.B. von der

Handelsakademie auf die Handelsschule oder der HTL zur Lehre), Tausende beenden ihre Bildungskarriere ganz. Der volkswirtschaftliche Schaden beträgt, vorsichtig geschätzt, mindestens 300 Millionen € pro Jahr. Dazu kommt der Schaden durch späteren Berufseintritt, abgebrochene Ausbildungen, insgesamt geringeres Lebenseinkommen (und damit geringere Steuerleistung), verlängerte Inanspruchnahme von Mitversicherung bei den Eltern und Familienbeihilfe etc., der sich im Detail gar nicht ermessen lässt.

Dennoch waren die vergangenen Jahre geprägt von fortgesetzten Kürzungen im Bildungsbereich. Notwendig sind aber Investitionen in die Infrastruktur, also in die räumliche Ausstattung der Schulen, um SchülerInnen und LehrerInnen den ganztägigen Verbleib in der Schule zu ermöglichen. Derzeit sind die Schulen nicht darauf eingerichtet, SchülerInnen und LehrerInnen als ganztägiger Aufenthalt zu dienen. Für die SchülerInnen fehlt es an Raumalternativen zu den Klassenräumen. Es werden Aufenthaltsräume, Lernzimmer, Freizeitbereiche und Sportplätze benötigt. Schulküchen und Speisesäle müssen errichtet werden, damit die Kinder und Jugendlichen, aber auch die LehrerInnen, zu Mittag in der Schule eine warme Mahlzeit einnehmen können. Derzeit stehen den LehrerInnen in den Schulen üblicherweise 0,25 m² Arbeitsfläche im Konferenzzimmer und ein Ablagefach zur Verfügung. Zugriff auf Computer und das Internet ist oft nur schwer möglich. Um LehrerInnen den ganztägigen Aufenthalt in der Schule zu ermöglichen, brauchen sie daher jeweils einen Schreibtisch und mindestens einen Computer samt Internetanschluss für zwei Lehrkräfte.

Investiert werden muss:

- in individualisierten Unterricht in der Schule, etwa durch eine zusätzliche Lehrkraft in der Klasse: 1.000 Lehrkräfte zusätzlich, um Teamteaching, Begabungsförderung u.ä. mehr zum Besten der Kinder und Jugendlichen möglich zu machen.
- in innovative und ökologisch nachhaltige Schulbauten mit viel Luft und Licht und ohne Barrieren, die SchülerInnen und Lehrkräften den ganztägigen Verbleib in der Schule ermöglichen;
- in ein neues System der Ausbildung von Lehrkräften und ein reformiertes Dienst- und Besoldungsrecht, das höhere Einstiegsgehälter bei flacherer Gehaltskurve bietet und einen Auf- oder Umstieg innerhalb des Bildungssystems ermöglicht.

Langfristig wären durch den Abbau bürokratischer Mehrgleisigkeiten etwa im derzeit viergliedrigen System der Schule der 10- bis 14-Jährigen, durch das (kostenneutral) reformierte Dienst- und Besoldungsrecht mit zwar höheren Einstiegsgehältern, aber einer flacheren Gehaltskurve sogar Einsparungen zu erzielen.

2. Universitäten

Bei den Ausgaben für den tertiären Bereich liegt Österreich mit 1,3 % des BIP hinter Finnland (1,7 %), Schweden (1,6 %) und der Schweiz (1,4 %).¹ Im Vergleich der OECD-Länder schneidet Österreich ernüchternd ab und erreicht im Ranking der Tertiären Bildung Rang 14 und bei der Qualität des Bildungssystems den drittletzten 15. Platz.² Diese nüchterne Analyse wird noch durch sinkende Anteile für Bildung gemessen am BIP untermauert.

Die OECD mahnt Österreich mehr StudentInnen eine bessere Ausbildung zu ermöglichen und die AkademikerInnenrate zu steigern. Österreich liegt mit seiner niedrigen StudienanfängerInnenquote von lediglich 39% und einer AkademikerInnenquote von 22,5% weit unter dem Europäischen Schnitt (OECD: 38%). Allein um den OECD Schnitt an Studierenden zu erreichen, bräuchte Österreich etwa 100.000 Studierende mehr.

Mit derzeitigen Ressourcen ist es unmöglich, einerseits die Vielfalt des Studienangebots zu gewährleisten und andererseits ausreichende Studienqualität zu bieten. Universitäten können ihre Aufgaben in Lehre und Forschung nicht mehr ausreichend wahrnehmen. Der Fachhochschulsektor stagniert.

2.1. Soziale Lage der Studierenden

Die vergleichsweise geringe Anzahl an AkademikerInnen hängt nicht unwesentlich damit zusammen, dass in Österreich vielfach die soziale Herkunft darüber entscheidet, ob ein Studium begonnen wird oder nicht. Studierende aus bildungsfernen Schichten sind auf Universitäten deutlich unterrepräsentiert. Die soziale Auslese beginnt sehr früh an der Schule und setzt sich im tertiären Bildungssektor fort. Kinder aus den unteren Einkommensschichten bzw. von weniger gebildeten Eltern sind hier signifikant benachteiligt. Die IHS Studierenden-Sozialerhebung 2009 zeigt bei diesen benachteiligten Gruppen sogar eine Verschlechterung der Beteiligung an höherer Bildung. Diese soziale Reproduktion ist ein Ärgernis und muss bekämpft werden (IHS 2009; S. 69).

Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten (durchschnittlich 900 €) und dem noch immer schlecht ausgebauten Stipendiensystem (nur 18% erhalten Studienbeihilfe)

¹ Astor und Heimer (2008), zit. nach: Schibany (2009): „Das Zusammenspiel von direkter und indirekter Förderung“

² Schibany (2009) „Der hinkende Frontrunner?“, Joanneum Research – InTeReg Working Paper #56-2009 (S.6)

sind 61% der Studierenden gezwungen, durchschnittlich 19,7 Stunden pro Woche erwerbstätig zu sein. Da bereits Arbeitszeiten von 11 Stunden pro Woche zu erheblichen Studiumsverzögerungen führen, verlieren immer mehr Studierende ihre Beihilfen. Dies führt zu einem kontraproduktiven Teufelskreis.

Ein Drittel der Studierenden ist armutsgefährdet oder lebt in Armut. Dass aufgrund des steigenden Druckes die psychischen Probleme der Studierenden zunehmen, ist ein Warnsignal: Burnout (15%), Depressionen (20%), Leistungsdruck und Versagensängste (22%), Existenz- (16%) und Prüfungsängste (18%).

2.2. Wissenschaft ohne Zukunft?

Die Lage von NachwuchsforscherInnen und deren fehlende Perspektiven sind beängstigend. Viele junge wissenschaftliche Talente wandern ab und kehren den Universitäten den Rücken. Österreich verliert wertvollste Talente. Kurzzeitverträge, unterdotierte Forschungsförderungsstrukturen, das Sparen auf Kosten von Planstellen und rigide Hierarchien stellen vor allem für Frauen in der Wissenschaft erhebliche Hürden dar. Befristete und schlecht bezahlte Lehraufträge oder Forschungsprojekte führen speziell bei externen LektorInnen oft zu prekären Lebensverhältnissen.³

2.3. Zu wenig Geld für Grundlagenforschung

Zwischen 2002 und 2007 ist laut Joanneum Research die Finanzierung der öffentlichen Hand für Grundlagenforschung um 25% gestiegen, jene für die angewandte Forschung dagegen um 185%⁴. Laut des unterfinanzierten FWF musste die Grundlagenforschung in Österreich einen Rückgang des Gesamtforschungsaufwandes um 19 % und somit den größten Einbruch der Bewilligungssumme in seiner über 40-jährigen Geschichte hinnehmen.⁵ Heute liegt das FWF Budget signifikant unter jenem vergleichbarer Förderorganisationen der Schweiz und Deutschlands. „Mit 0,4% Anteil der Ausgaben für Grundlagenforschung am BIP liegt Österreich weit hinter den ‚Innovation Leaders‘ und unter dem Durchschnitt von EU und OECD“. Während in Finnland oder der Schweiz über 50 € pro EinwohnerIn in Grundlagenforschung investiert werden, sind es in Österreich lediglich 17,5 €.⁶

Investiert werden muss:

- Ausfinanzierung der Universitäten durch progressive Studienplatzfinanzierung!
- Eine Milliarde € zusätzlich bis 2014 für den tertiären Bildungsbereich für Lehre und Forschung soll den dringlichsten Nachholbedarf decken.

³ Heuraka – Wissenschaftsmagazin des Falter Nr. 3/10, S. 18

⁴ Andreas Schibany, Joanneum Research Factsheet, 27.1.2010

⁵ FWF-Info 1/2010

⁶ FWF Jahresbericht 2009, S. 9.

- Der Zugang zu höherer und leistbarer Bildung muss breiteren Bevölkerungsschichten ermöglicht werden.
- Intensive Förderung der österreichischen NachwuchswissenschaftlerInnen.
- Erfüllung der EU Verpflichtung „2020-Strategie“: 3% vom BIP für F&E.

3. GRÜNE Finanzierungsmodelle:

- Verbindlicher Budgetpfad bis zur Vorlage des Budgets 2011

Ausgabenanstieg für den tertiären Bildungssektor auf 2% des BIP bis spätestens 2015, der sich im Bundesfinanzrahmengesetz (BFRG) 2011 - 2014 niederschlagen muss. Der taktische Aufschub der Budgetverhandlungen ist verantwortungslos.

- Eindämmen der Mietenzahlungen an die BIG

Da von den Rektoraten und Schulstandorten die Mietenzahlungen an die BIG und die Betriebskostenvorschreibungen kaum beeinflusst werden können, sollte die marktbeherrschende Stellung der BIG reduziert werden, da diese möglicherweise für überhöhte Entgelte genutzt wird.

- Umschichtungen zugunsten von Bildung

Sofortiger Verzicht auf umstrittene Investitionsausgaben, die mittel- bis langfristig mit höheren budgetären Folgekosten verbunden sind (z.B. für fragwürdige Verkehrsprojekte), Vermeidung von Folgekosten im Bereich der Klimapolitik (z.B. thermische Sanierung von öffentlichen Gebäuden, insbesondere Universitäten)

- Abbau von steuerlichen Privilegien

In jedem Steuersystem gibt es Steuerprivilegien, die z.T. historisch gewachsen sind, und deren Streichung sogar positive Wachstumseffekte auslösen könnte: z.B. Abbau der steuerlichen Förderung für die 2. und 3. Säule der Pensionsvorsorge inkl. der Prämie der Zukunftsvorsorge (Aufkommen potentiell mittelfristig rund 650 Mio. €) oder die Reduktion der steuerlichen Privilegien für Privatstiftungen der Begünstigungen im Rahmen der Gruppenbesteuerung (Aufk.pot. von mehreren 100 Mio. €).

- Konjunkturgerechte und verteilungsverträgliche Steuererhöhungen

Abgabenerhöhungen, die vor allem die hohen und höchsten Einkommen betreffen; z.B. mittels Erbschafts- und Schenkungssteuer (Aufkommenspotenzial mindestens 1 Mrd. €) betreffen. Aufhebung der Spekulationsfrist vor allem bei Aktien im Rahmen der Einkommensbesteuerung (Aufkommen potentiell einige 100 Mio. €).

- Betrugsbekämpfung

Die Betrugsbekämpfung bei der Umsatzbesteuerung in- und ausländischer Unternehmen intensivieren sowie verstärkt Steuerrückstände eintreiben.

- Umschichtung von Forschungsausgaben ("tax expenditures")

Von den Unternehmen in die universitäre Grundlagenforschung, Österreich hinkt bei den Mitteln in tertiäre Bildung im internationalen Vergleich nach⁷

Wir fordern die Bundesregierung zu einem sofortigen Umdenken auf, da die hier entstehenden Innovations- und Investitionslücken nachhaltig und über viele Jahre die Perspektiven von Bildung und Forschung auf das Schwerste beeinträchtigen. Der Gefahr eines dauerhaften Schadens für den tertiären Bildungssektor und die Forschung muss JETZT begegnet werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Novelle des Bundesfinanzrahmengesetzes vorzulegen, welche die Kürzungen in den Bereichen Bildung und Wissenschaft rückgängig macht und bis zum Jahr 2014 je eine zusätzliche Milliarde für diese beiden Zukunftsbereiche verankert.“

⁷ Siehe dazu A. Schibany, Öffentliches Geld für welche Forschung?, ÖHZ 3/2010.